

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Diether Dehm, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Lothar Bisky, Eva Bulling-Schröter, Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Hans-Kurt Hill, Michael Leutert, Ulla Lötzer, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister des Auswärtigen zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 11./12. Dezember 2008

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Klimakompromiss des Europäischen Rates am 11. und 12. Dezember 2008 ist ein Rückschritt in der europäischen Klimaschutzpolitik. Die EU-Staaten geben mit ihrem Beschluss die reklamierte Vorreiterrolle im Klimaschutz und damit ihre internationale Glaubwürdigkeit auf. Mit der Subventionierung von fossil befeuerten Kraftwerken für die Zeit von 2013 bis 2020 fordern die leistungsstarken EU-Länder die Schwellen- und Entwicklungsländer geradezu zum Nichthandeln im Klimaschutz auf. Die unentgeltliche Abgabe von „Verschmutzungsrechten“ an die Energiekonzerne bzw. direkte Subventionen für den Neubau von Kohlekraftwerken mindern die Lenkungswirkung des Emissionshandels drastisch. Darüber hinaus bedeuten sie für die Energiekonzerne leistungslos erzielte Extraprofiten zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger und öffentlichen Haushalte in dreistelliger Milliardenhöhe. Die Beschlüsse des EU-Gipfels – auch die pauschalen Ausnahmen von der Auktionierung für die energieintensive Industrie – gefährden so den Abschluss eines ambitionierten Kyoto-Nachfolgeabkommens.
2. Angesichts der für 2009 prognostizierten Verschärfung der Rezession stellen die Beschlüsse des Europäischen Rates keine zureichende Antikrisenpolitik zur Belebung der Konjunktur dar. Die Bundesregierung hat im Vorfeld des Gipfels die Anstrengungen der EU-Kommission für ein koordiniertes und schnelles Handeln boykottiert und Maßnahmen des europäischen Nachbarn als unsinnig und hektisch verleumdet. Im Ergebnis haben der ECOFIN und der Europäische Rat selbst noch die Absichten der EU-Kommission verwässert. Der geforderte Konjunkturimpuls von 1,5 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung (EU 2008: 194 Mrd. Euro), der sich aus 1,2 Prozent nationalen und 0,3 Prozent EU-Programmen zusammensetzen soll, bleibt im Hinblick auf den unverbindlichen Maßnahmenkatalog und die Frage, welche Maßnahmen angerechnet werden können, widersprüchlich.

Der Bundestag kritisiert gleichzeitig die Weigerung, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu lockern und das Festhalten an neoliberalen Strukturrefor-

men zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, des Bürokratieabbaus und die Aufforderung zum Abschluss der Doha-Runde.

3. Die vom Europäischen Rat beschlossenen Ziele, die „Fähigkeiten zur militärischen und zivilen Intervention (der EU) zu stärken“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), stellen weitere Schritte zur Militarisierung der Europäischen Union dar: Für Kampfeinsätze außerhalb der EU sollen künftig innerhalb von 60 Tagen 60 000 Mann mobilisiert werden können, verstärkt durch den Einsatz von EU-Battle Groups und der Durchführung zivil-militärischer Interventionen für die zusätzlich 3 000 Mann innerhalb von 90 Tagen einsetzbar sein sollen. Die EU soll in die Lage versetzt werden, gleichzeitig sieben militärische und ein Dutzend „zivile“ Missionen planen und durchführen zu können.
4. Der Europäische Rat hat die Regierung der Republik Irland aufgefordert, die Ablehnung des Vertrags von Lissabon und den entsprechenden demokratisch artikulierten Willen des irischen Volkes nicht zu respektieren, sondern noch im Jahr 2009 erneut eine Volksabstimmung über den Vertrag durchzuführen. Dabei hat er vorgegeben, den Bedenken gegen den Vertrag durch bestimmte Erklärungen zum Vertrag entgegenzukommen. Dieses Vorgehen ist schon deshalb außerordentlich fragwürdig, weil diese Erklärungen entweder rechtlich unverbindlich sind oder aber zu ihrer Verbindlichkeit der förmlichen Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten bedürften, was aber nicht vorgesehen ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. über die Ergebnisse des Europäischen Rates hinaus im Bereich der Klimapolitik weitere und wirksamere Maßnahmen zu ergreifen bzw. auf der Ebene der Europäischen Union durchzusetzen:
 - a) ab sofort die Einnahmen aus nicht versteigerten Emissionszertifikaten vollständig mit einer Gewinnabschöpfungssteuer zu belegen und die Einnahmen für Maßnahmen zur sozialen und klimagerechten Umgestaltung des Energiesektors zu verwenden,
 - b) die Klimaschutzanstrengungen in Deutschland unabhängig von den schwachen Ergebnissen in Brüssel weiter zu verstärken, indem die Senkung der Klimagasemissionen um 40 Prozent bis 2020 als verbindliches Mindestziel gesetzlich verankert wird,
 - c) die Energieeffizienz bis 2020 um ein Drittel zu steigern, insbesondere durch einen sparsamen Umgang mit Energie und den konsequenten Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung auf mindestens 30 Prozent,
 - d) den Anteil erneuerbarer Energien bis 2020 im Strombereich auf mindestens ein Drittel und im Wärme-/Kältebereich auf mindestens ein Viertel zu steigern,
 - e) eine CO₂-bezogene Kfz-Steuer in der Art einzuführen, dass nur Pkw mit einem CO₂-Ausstoß von weniger als 80 g/km steuerfrei gestellt werden und Fahrzeuge mit mehr als 120 g/km deutlich höher besteuert werden,
 - f) die Einfuhr von Agroenergien, die außerhalb der 27-EU-Staaten erzeugt werden, zu verbieten, da sie eine negative Klimabilanz aufweisen und eine soziale und umweltverträgliche Produktion nicht kontrolliert werden kann;
2. auf nationaler wie auf europäischer Ebene zusätzliche und weitergehende wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen bzw. zuzulassen:
 - a) den Widerstand gegen ein entschlossenes und europäisch koordiniertes Handeln der Europäischen Union aufzugeben,

- b) ihren nationalen Beitrag gegen die Wirtschaftskrise massiv auszuweiten und dazu im nächsten Jahr ein Konjunkturprogramm in Höhe von 50 Mrd. Euro aufzulegen, das öffentliche Investitionen in Umwelt und Infrastruktur (30 Mrd. Euro) und eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze und der gesetzlichen Rente (20 Mrd. Euro) sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns umfasst,
 - c) dafür einzutreten, dass die nationalen Konjunkturprogramme um ein EU-Investitionspaket zur Beschäftigungssicherung und zur ökologischen Modernisierung in Höhe von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ergänzt werden,
 - d) dafür einzutreten, dass auf EU-Ebene Maßnahmen zum Schutz vor Entlassungen, Lohnkürzungen und zur Stärkung der sozialen Sicherungssysteme koordiniert und mit klaren Zielvorgaben versehen werden;
3. die weitere Entwicklung der EU zur Militärmacht zu stoppen und Schritte auf dem Weg zu einer Politik der Abrüstung und der Friedenssicherung durchzusetzen:
- a) EU-Militärinterventionen zu beenden und EU-Interventionstruppen und EU-Battle Groups aufzulösen,
 - b) die militärische Zusammenarbeit von EU und NATO einzustellen,
 - c) Aufrüstungsprojekte zur Herstellung globaler militärischer Interventionsfähigkeit nicht weiter fortzusetzen,
 - d) die EU-Rüstungsagentur in eine Agentur für Abrüstung und Rüstungskontrolle umzubauen,
 - e) die Verflechtung von militärischen und zivilen Kapazitäten zu beenden,
 - f) die Kapazitäten ziviler Konfliktlösung und der Entwicklungshilfe auf nationaler wie auf EU-Ebene zu stärken,
 - g) die Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen und Energie nicht durch Kriege und Militärinterventionen anzustreben,
 - h) die Militärberatungsmissionen, die autoritäre Regimes unterstützen, einzustellen;
4. das Verfahren der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon auszusetzen und kurzfristig Änderungen des Primärrechts durch die Einführung einer „soziale Fortschrittsklausel“ durchzusetzen, wie es nach den Gewerkschaften und der Partei DIE LINKE. inzwischen auch die SPD in ihrem aktuellen „Europamaneifest“ verlangt. Weitergehend sind Initiativen zur Erarbeitung der Verfassung für eine demokratische, soziale, ökologische und den Frieden sichernde Europäische Union und zur demokratischen Neubegründung der EU durch Volksabstimmungen über eine solche Verfassung in allen Mitgliedstaaten zu ergreifen.

Berlin, den 16. Dezember 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

